

Deputation für Bildung

(städtisch)

Sitzungsprotokoll der 33. Sitzung

15. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 1999 - 2003

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
16. Januar 2003	10.48 Uhr	11.10 Uhr	Rembertiring

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 19. Dezember 2002	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	PISA-Folgemaßnahmen (Haushaltsausschuss)	Vorlage G 211 / L172
TOP 5	Sanierungsprogramm 2003	Vorlage G 212

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgender Änderung genehmigt, der Tagesordnungspunkt 5 „Sanierungsprogramm 2003“ wird ausgesetzt. Senator Lemke erläutert hierzu, dass die Absprachen zu einer zufriedenstellenden Vorlage bisher noch nicht abgeschlossen seien. Der Umfang PCB-Sanierungen sei so groß, dass dadurch sonstige dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen herausgeschoben werden. Dies sei aber nicht zu verantworten. Herr Mützelburg weist darauf hin, dass der Liegenschaftsausschuss bereits am 5. Februar 2003 tage und es daher zu Verschiebung der Beschlussfassung kommen werde. Frau Hövelmann weist darauf hin, dass eine Verschiebung um einen Monat für eine vernünftige Vorlage durchaus angemessen sei.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 19. Dezember 2003

Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Brumma nach dem Sachstand beim **SZ / GY Obervieland** bezüglich der **PCB-Belastung** wurde verschickt.
2. Der Bericht über die einjährige **IT-Berufsfachschule** für Frauen wurde verteilt. Frau Kaurtz begrüßt das Angebot der Berufsfachschule, insbesondere vor dem Hintergrund der Gleichstellung.
3. Das Schreiben **der Arbeitsgemeinschaft der Soziologie-Lehrerinnen und Lehrer Bremens** wurde verteilt. Herr Mützelburg bittet darum, dieses Thema in die Diskussion um die Profileroberstufe einzubeziehen. Senator Lemke erläutert, dass keinesfalls die Streichung des Soziologieunterrichtes angedacht sei, vielmehr sollen sich die einzelnen Oberstufen Schwerpunkte setzen, da nicht jede GyO jedes Fach anbieten könne.

4. Herr Mützelburg fragt nach den Problemen mit dem Bereich Soziales hinsichtlich der **Kooperation zwischen Ganztagschulen und Horten**. Er kritisiert, dass die Eltern sich zu wenig informiert fühlten, weiterhin möchte er wissen, wie es sich mit Kindern verhält, die nicht das Ganztagsangebot der Schule in Anspruch nehmen. Darüber hinaus fragt er nach der Vereinbarung zwischen Soziales und Bildung zur Finanzierung. Herr Lückert antwortet, dass das Hortangebot inklusive der Ferienangebote bestehen bleibt und allen Kindern offen steht. Die Finanzierungsfragen würden zur Zeit geklärt. Ein Informationsschreiben an die Eltern sei bereits herausgegangen. Frau Moning ergänzt, dass am 16. und 17. Januar Informationsveranstaltungen für die Eltern stattfinden. Für die Abstimmung mit Finanz sei der Stichtag Ende Januar. Herr Mützelburg bittet um einen Bericht zur nächsten Sitzung.
5. Herr Rohmeyer verweist auf den Bericht von Herrn Wilker in der letzten Sitzung des Ausländerausschusses und bittet um einen Sachstandsbericht inklusive Ausführungen zu den Werbungsversuchen für Lehrkräfte zum **Islamkundeunterricht** sowie den Lehrplanentwurf.
6. Herr Glintenkamp bemängelt, dass Schüler einer Klasse am **SZ Grenzstr** nicht wie zugesagt 13 sondern lediglich 11 Unterrichtsstunden erhielten. Weiterhin sei ihm von großen Problemen im Fach Rechnungswesen berichtet worden, die insbesondere für die Auszubildenden kleiner Unternehmen zu erheblichen Problemen führten, da kleinere Ausbildungsbetriebe nicht in der Lage seien, hausinterne Nachschulungen durchzuführen. Senator Lemke antwortet, dass er bei seinem Schulbesuch in dieser Schule auf derartige Probleme nicht hingewiesen worden sei. Er sagt eine Überprüfung und Beantwortung der Fragen zur nächsten Sitzung zu.
7. Frau Hövelmann bittet um einen **Sachstandsbericht zur Nichtabiturientenprüfung**.
8. Frau Biermanns (ZEB) regt an, dass das **Sportprofil der Schule Obervieland** auch in der gymnasialen Oberstufe fortgeführt werde. Wie sich aus einem ihr vorliegenden Schreiben ergäbe, führe Sachsen das Profil kostenneutral in der Oberstufe fort. Sie bittet um Überprüfung, ob dies nicht auch in Bremen möglich sei.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der Fragen zur Deputationssitzung am 13. Februar 2003 zu.

Der Tagesordnungspunkt 4. wurde bereits unter dem Tagesordnungspunkt 5. (staatlich) verhandelt.